

## „Wir sind auf dem Weg in den Suppenküchen-Staat“

Soziologe Butterwegge über die Fortentwicklung von Hartz IV,  
neuen Patriotismus und alte Armut



**Herr Professor Butterwegge, am 1. August tritt das so genannte Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz in Kraft. Was sagt der Armutsforscher dazu?**

Sehr viel Kritisches. Das Gesetz erhöht den Druck auf die Arbeitslosen noch weiter, es bringt mehr Kontrollen und härtere Strafen. Damit wird sich die Armut in Deutschland verschärfen - schließlich sollen mehrere Milliarden Euro bei den Langzeitarbeitslosen eingespart werden, die zu den Hauptbetroffenen gehören. Außerdem schreibt man Armut in die Zukunft fort.

**Wie das?**

Nach dem „SGB-II-Änderungsgesetz“, der anderen Reparaturmaßnahme an Hartz IV, werden für Arbeitslosengeld-II-Bezieher statt 78 Euro nur noch 40 Euro pro Monat in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Dies verstärkt den Trend zur Altersarmut. Einerseits wird die gesetzliche Altersrente gesenkt, andererseits private Vorsorge notwendiger, die sich Arbeitslose aber kaum leisten können, Hartz-IV-Betroffene schon gar nicht. Die persönlichen Altersbezüge schrumpfen auch, weil es immer mehr lückenhafte Erwerbsverläufe gibt. Deshalb dürfte Altersarmut besonders in Ostdeutschland mit seinen extrem vielen Langzeitarbeitslosen um sich greifen.

**Aber welche Alternative hätte es gegeben, die explodierenden Ausgaben für Hartz IV einzudämmen?**

Die Kosten explodieren nicht. Beim Arbeitslosengeld I gibt es sogar einen Rückgang der Leistungen, weshalb die Bundesanstalt für Arbeit 2006 einen Rekordüberschuss erwirtschaftet. Und beim ALG II liegen die Ausgaben bloß deshalb so weit über den Planungen, weil die Bundesregierung das Problem verdeckter Armut ignoriert und bewusst viel zu niedrige Ausgaben veranschlagt hat, was die Betroffenen jetzt mit massiven Kürzungen büßen müssen.

**Weigert sich ein Langzeitarbeitsloser hartnäckig, eine Stelle anzunehmen, können ihm künftig sämtliche Leistungen - inklusive Wohngeld - gestrichen werden. Ist das neu?**

Möglichkeiten zu ähnlichen Zwangsmaßnahmen gibt es schon länger. Aber der Druck auf Sachbearbeiter und Fallmanager wächst, kein Pardon mehr zu geben. Das führt unzweifelhaft zu größerem Elend und mehr Obdachlosigkeit.

**Ist es nicht gerecht, dem die Bezüge zu streichen, der nicht arbeiten will?**

Das kommt darauf an, ob man unter Gerechtigkeit die Tauschlogik „Leistungen nur bei Gegenleistungen“ versteht. Das ist aus meiner Sicht mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes unvereinbar. In den Artikeln 20 und 28 unserer Verfassung steht ja nicht: „Die Bundesrepublik muss sozial sein, wenn ihr dies der Hilfebedürftige dankt.“ Vielmehr wird der Staat ohne jede Bedingung zur Unterstützung von Bedürftigen verpflichtet. Leider ersetzt man die Bedarfsgerechtigkeit immer mehr durch Leistungsgerechtigkeit. Dies heißt aber in letzter Konsequenz, dass etwa Arbeitslose, Alte, Kranke und Behinderte leer ausgehen, während besser Verdienende wie beim geplanten Elterngeld mehr erhalten.

**Ziel von Hartz IV sollte es sein, Menschen möglichst schnell in Arbeit zu bringen. Bringt das Fortentwicklungsgesetz etwas in dieser Hinsicht?**

Nein, denn es gibt jene Jobs ja gar nicht, in die das rigide Gesetz die Menschen hineinzwingen könnte. Verschärfungen solcher Art bewirken nur „Einsparungen“ bei den Ausgaben. Hartz IV hat die Lebensstandard-Sicherung der Arbeitslosenhilfe abgeschafft, die Menschen gezwungen, jeden Weg aus der Hilfebedürftigkeit zu beschreiten und so den Druck auf die Löhne erhöht. Damit der Standort konkurrenzfähiger wird, soll Arbeit billiger werden. Und das passiert: Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie ihren kargen Lohn mit ALG II aufstocken müssen. Was ihnen wiederum den Missbrauchsvorwurf einträgt und Leistungskürzungen erlaubt - ein Teufelskreis.

### ***Wie erfolgreich ist die Bundesregierung auf anderen Feldern bei der Bekämpfung der Armut?***

Die Politik der Großen Koalition vertieft die gesellschaftliche Spaltung - beispielsweise durch Rentenkürzungen, den Ausbau eines Niedriglohnsektors, die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie das Senken der Unternehmen- und Erbschaftsteuern gerade für die Reichsten im Land. Daneben stehen die Hartz-Gesetze für eine Abkehr vom Sozialversicherungsstaat und eine Hinwendung zum Almosen- und Suppenküchenstaat. Ich sehe sie weniger als arbeitsmarktpolitisches, sondern eher als ein gesellschaftspolitisches Projekt. Hartz IV ist darauf gerichtet, Armut bis in die Mitte der Gesellschaft hinein normal werden zu lassen. Gleichzeitig wächst der Reichtum jeden Tag. Damit sind wir auf dem Weg zu US-amerikanischen Verhältnissen.

### ***Was heißt das?***

Die kleinbürgerliche Mitte franst aus, es gibt immer mehr ganz Arme und ganz Reiche. Statt eines „Fahrstuhl-Effekts“, bei dem alle Deutschen früher nach oben fuhren und jetzt nach unten fahren, sehe ich einen sozialen Paternoster-Effekt: Die einen fahren hoch, andere runter.

### ***Ist der Vergleich mit den USA nicht übertrieben? Schließlich sind in Deutschland doch die Einkommen wesentlich gleichmäßiger verteilt als in Amerika.***

Zwar sind die Unterschiede noch nicht so krass, aber die Entwicklung der Sozialstruktur weist in dieselbe Richtung. Beispiel Kinderarmut: Von knapp zwölf Millionen Kindern unter 15 Jahren lebt heute jedes sechste auf Sozialhilfeniveau. Von privaten Sicherheitsdiensten bewachte Villenviertel, die Vorgänge an der Rütli-Schule oder die Tatsache, dass auch bei uns die Gefängnisse aus allen Nähten platzen, sind Vorboten einer Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft, in der sich Drogenmissbrauch, Gewalt und Kriminalität ausbreiten. Es wird kaum helfen, wenn man die soziale Kälte mit Patriotismus wattiert.

### ***Sie spielen auf die WM an. Was haben Sie dagegen, wenn viele Menschen die deutsche Fußballmannschaft feiern?***

Überhaupt nichts. Nur darf der hochsommerliche Hurrapatriotismus nicht dazu missbraucht werden, die Spaltung der Gesellschaft ideologisch abzusichern. Die Deutschen sollen ein stärkeres „Wir-Gefühl“ entwickeln, damit sie eher zu Leistungs- und Lohnkürzungen für das große Ganze bereit sind. Nationalismus hat meist dazu gedient, Bürgerinnen und Bürgern materielle Opfer abzuverlangen. Und Hartz IV ist ja nicht das Ende, sondern vermutlich erst der Anfang.

Interview: Stephan Kaufmann

Berliner Zeitung, 31.07.2006

## Professor **Christoph Butterwegge** und Dr. Rolf Huscke-Rein

„Für eine sozial gerechtere, humane und ökologische Welt“

Köln: SPD verliert 30 Aktive

auf einen Schlag an die WASG

Archivierter Online-Flyer Nr. 19 - 23. November 2005

Von Peter Kleinert

Etwa 30 teilweise prominente Mitglieder der SPD aus Köln und Umgebung haben am Wochenende ihre Partei ratlos gemacht und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) begeistert. Zu den Genossen, die auf einen Schlag - teilweise seit vielen Jahren Engagement - der Partei den Rücken kehrten und sich nun in der WASG engagieren wollen, gehören der Armutsforscher Professor **Christoph Butterwegge** von der Kölner Uni, Juso-Chef Klemens Himpele, Ex-Juso-Vorsitzender Günter Bell, die ehemalige stellvertretende Juso-Vorsitzende Gisela Emons, Jana Schultheis, Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen und der Kölner Mathematik-Professor **Gerd Bosbach**.

„Mit unserem Einsatz für eine gemeinsame Linkspartei ver-  
Gegenpol zum neoliberalen Block der etablierten Parteien  
mokraten in einer gemeinsamen Erklärung ihre gemeinsame  
(54), Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und Ges  
schaften an der Uni, seit 1970 in der SPD, war 1975 a  
und Exponent der Juso-Linken aus der Partei ausgeschlo  
beschlüsse gegenüber den Kommunisten verstoßen“ hatt  
Partei aufgenommen. Als Mitbegründer des „Bremer Frie  
aktiv. Bekannt wurde er u.a. durch Arbeiten zum Thema  
Rechtsextremismus.



In seiner Austrittsbegründung kritisiert Butterwegge die unsoziale Politik unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Linken hätten sich von der Wahl im September einen Kurswechsel versprochen, stattdessen werde der Sozialstaat nun von zwei Seiten in die Zange genommen. „Als Wolfgang Clement seine Kampagne gegen Hartz-IV-Abzocker gefahren hat, habe ich mich geschämt in der gleichen Partei zu sein“, so Butterwegge. Einig ist er sich mit den anderen Ausgetretenen in der Feststellung: „Nicht wir bewegen uns weg, sondern die SPD hat sich weg bewegt.“ Im Gegensatz zu den in der Partei Verbliebenen können sie „in der SPD keine Anknüpfungspunkte mehr für einen Kurswechsel erkennen.“

Einig sind sich die ehemaligen Sozialdemokraten und Jusos auch in ihrer politischen Perspektive: „Wir werden uns dafür engagieren, dass die gemeinsame Linkspartei durch Kooperation mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Gleichgesinnten in anderen Parteien zu einem wirkungsvollen Träger eines solchen Kurswechsels wird. Mit und in der gemeinsamen Linkspartei werden wir attraktive, gesellschaftlich wahrnehmbare und durchsetzbare Politikentwürfe entwickeln und zeigen, dass das neoliberale Motto „Es gibt keine Alternativen“ falsch ist. Eine sozial gerechtere, humane und ökologische Welt ist nötig und möglich.“